

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags **Abonnementspreis** bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. **Einzel-Abonnement** nur bei der Post.

Nürnberg, 21. November 1896.

Inserate die vier-spaltige Zeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weidenstraße Nr. 12.

Inhalt: Arbeitslosen-Versicherung. — Die Gewästatlage der Metall- u. Maschinenindustrie. (Schluß.) — Nationaler Sozialismus. — Warum die Arbeiter sich ihren Gewerkschaften anschließen sollen. — Aus Oesterreich. — Bericht über die Agitationstour in den Provinzen Schlesien und Brandenburg im Oktober 1896 — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter: Abrechnung der Hauptkasse pro Monat Oktober 1896.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten: von Formern nach **München** (Landes); von Gelbgießern, Drehern und Gürtlern nach **Hamburg** (Fleck Söhne); von Metallschlägern nach **Großschönau**; von Metallarbeitern aller Branchen nach **Berlin**, besonders von Formern, Gelb- und Rothgießern, Bau- u. Kunstschlossern und Kunstschmieden, Gürtlern und Drückern; von Arbeitern der Fahrradbranche nach **Brandenburg a. Havel** (Diepe & Brest) u. **Frankfurt a. M.** (Rieher); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatenbranche nach **Frankfurt-Bodenheim** (Gebr. Piusch); von Drehern, Schlossern, Maschinenbauern und Metallarbeitern aller Berufe nach **Dübca**; von Feilenbauern nach **Düsseldorf, Dresden** (Nippe); **Rotterdam** i. Holland (Junt u. Sterkhoff); **Willingen** (Wegel) und **Zwickau**; von Formern, Schlossern und Drehern nach **Worzhelm** (Weitker).

Arbeitslosen-Versicherung.

Seit einiger Zeit befassen sich links stehende bürgerliche Blätter mit Erörterung der Frage, wie eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit für Lohnarbeiter geschaffen werden könnte.

Angeregt wurde diese Diskussion hauptsächlich durch ein Referat, welches der Zeitungsmillionär Leopold Sonnemann in Frankfurt a. M., früher einmal Reichsta. Abgeordneter für Frankfurt, Besitzer eines der bedeutendsten Börzenblätter Deutschlands, der „Fft. Zeitg.“, auf dem diesjährigen Parteitag der „Deutschen Volkspartei“ in Ulm erstattet hat. Die „Deutsche Volkspartei“, die sich diesen Namen zugelegt hat, obwohl sie nur über einen mäßigen Bruchtheil Deutschlands sich erstreckt und obwohl sie mit dem Volk, dem arbeitenden Volk nur in einem sehr losen Zusammenhang und recht bescheidenem Verkehr steht, ist in Süddeutschland oder richtiger in Schwaben, wo sie ihren eigentlichen Sitz hat, ungefähr dasselbe, was in Norddeutschland die „deutschfreisinnige“ oder „freisinnige Volkspartei“ ist, eine auf kleinbürgerlichem Boden stehende, aber doch die kapitalistischen, auch die großkapitalistischen Interessen kräftig wahrnehmende Partei mit etwas demokratischen Akzenten, deren hervorragendstes Bestreben ist, der Sozialdemokratie Boden abzugewinnen. Sie wendet sich zwar

auch gegen die Nationalliberalen, deren politische Rückgratlosigkeit und staatsmännische Bigamie sie verdammt, von denen sie aber selbst schon so viel gelernt hat, daß man manchen ihrer Beschlüsse von einem nationalliberalen nur mittelst Anwendung der Lupe unterscheiden kann. Sie besteht fast nur aus „Staatsmännern“. Jeder Volksparteiler ist ein Diplomat in Westentaschenformat; die Partei verfügt über so viele Offiziere, daß sie ein Reichstagswählerheer von zwei Millionen befehligen könnte und es fehlen ihr dazu nur — die Wähler. Die Agitation betreibt sie mittelst des vorzüglichen modern-kapitalistischen Mittels der Reklame. In derselben ist sie groß. Alles, was sie thut, ist Reklame. Es kommt ihr, um irgend einen Vortheil zu erreichen, auch auf eine kleine Prinzipienverleugung nicht an und um ein Duzend ländlicher Reichstagswählerstimmen einzufangen, steht mancher ihrer Agitatoren z. B. nicht an, die demokratische Forderung der Trennung der Schule von der Kirche zu verleugnen, und wenn ein volksparteilicher Kandidat einmal das Metall zu einer katholischen Kirchenglocke stiftet, so wird dieses niedliche Reklamemittel von der Partei durchaus nicht verwerflich befunden, wenn es etliche hundert Zentrumsstimmen und damit den Sieg in der Stichwahl einbringt. Hauptgrundsatz ist ihr: immer und bei allen Gelegenheiten von sich reden machen, und sich in empfehlende Erinnerung bringen, damit „das Volk“ erfährt, daß die „Volks“-Partei auch noch da ist. Viel Zeit muß diese Partei leider darauf verwenden, sich über die Sozialdemokratie und über das undankbare Volk der Lohnarbeiter gekränkt zu fühlen, welches gar nicht einsehen will, daß die Arbeiterbewegung keine hervorragendere Aufgabe kennen sollte, als mit Saft und Paß in das Lager der volksparteilichen Demokratie abzuschwenken. Aus dem Verzeichniß ihrer größeren sozialpolitischen Thaten ist hervorzuheben, daß sie den Normarbeitstag von ihrem Programm gestrichen und auf ihrem vorjährigen Parteitag in München beschlossen hat, nicht die Befreiung, sondern „die Hebung“ der Arbeiterklasse ihrem Repertoire einzuverleiden. Auf dem Parteitag zu Ulm nun — in derselben Stadt also, in der der berühmte Schneider das Fliegen probirt hat — schwang man sich zu einer „That“ auf, welche mindestens dieselbe Höhe beanspruchen darf, wie der Aufas jenes welberühmten Nadelhelden zum Fliegen auf einer Brüstung des Münsters, welcher Geld daum, wie uns das schöne Volkslied erzählt, „vom Tüfel in d' Donau 'neig'führt“ worden ist.

Und diese That hat Herr Leopold Sonnemann gethan, derselbe Herr Sonnemann, welcher aus seiner „Sozialdruckerei“ in Frankfurt seinerzeit die Verbandsheft ausgegert hat. Herr Sonnemann hat auf dem Ulmer Parteitag, auf dem man sich so sehr gefreut hat, daß eine Militär-Musikkapelle zum

demokratischen Festessen aufspielen durfte, beantragt, an die Reichsregierung die Forderung zu richten, dem Reichstag ein Gesetz, betreffend die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, vorzulegen. Und Herr Sonnemann hat auch gleich einen „für und fertigen“ Gesetzentwurf mitgebracht und denselben vor den versammelten Staatsmännern „begründet“.

In unserm Zeitalter der „Sozialreform“ ist schon viel über Arbeitslosenversicherung oder -Unterstützung geredet und geschrieben worden. Die Frage ist eine viel unstrittene. Man ist da und dort schon an die praktische Lösung derselben herangetreten. In der Schweiz haben einige Stadtgemeinden den Versuch gemacht, diese Versicherungsart einzuführen; die bis jetzt damit gemachten Erfahrungen sind aber noch lange nicht genügend, um ein abschließendes Urtheil darüber fällen zu können. In Deutschland haben mehrere gewerkschaftliche Arbeiter-Organisationen, darunter in erster Reihe die Buchdrucker, die Arbeitslosenunterstützung für ihre Mitglieder eingeführt und dadurch den Prinzipalen eine wesentliche Last und Sorge abgenommen, aber auch vielen ihrer Mitglieder — allerdings unter erheblichen Opfern — eine große Wohlthat erwiesen und für die Organisation selbst ein mächtiges Zugmittel geschaffen. Es war auch in der Anfangszeit der „sozialen Reformen“ in Deutschland, als man an die Schaffung der Versicherungsgesetze ging, viel von diesem Problem die Rede, ebenso wie auch von der Wittwen- und Waisenversorgung im Zusammenhang mit der sogenannten Invaliditäts- und Altersversicherung. Aber gethan hat das Reich auf diesem Gebiete nichts. Und es kommt uns so vor, als ob, im Interesse der Arbeiter, das Reich gut daran gethan hätte, die Finger davon zu lassen, denn schließlich wäre doch nichts weiter dabei herausgekommen als ein verpöschtes Gesetz zu den bereits vorhandenen derartigen Gesetzgebungsprodukten.

Da stand, wie gesagt, Herr Leopold Sonnemann auf, machte sich an's Werk und legte den Seinen den Entwurf eines Gesetzes vor, auf Grund dessen die Gemeinden, wenigstens die größeren Stadtgemeinden, das schwierige Werk vollbringen sollen. Ehe wir dasselbe einer weiteren Besprechung unterziehen, wollen wir uns den Wortlaut des Sonnemann'schen Entwurfes ansehen. Wir referiren dabei nach der „Sozialen Praxis, Zentralblatt für Sozialpolitik“, welche das Elaborat in ihrer Nr. 4 publizirt.

Hier der Wortlaut:

1. Es ist der Erlaß eines Reichsgesetzes im Reichstage zu beantragen, durch welches die Gemeinden von 10 000 Einwohnern oder mehr ermächtigt werden, fakultativ auf Grund eines Beschlusses der Gemeindebehörden Anstalten für die Versicherung gegen unerschützte Arbeitslosigkeit zu errichten. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden können auch kleinere Gemeinden oder mehrere Gemeinden zusammen die Errichtung solcher Anstalten beschließen. — 2. Die Versicherten

sind in zwei Klassen getheilt: 1. alle diejenigen Klassen von Fabrik- und Bergarbeitern, sowie Handwerksgehilfen und Ladenarbeitern, bei welchen die Arbeitslosigkeit nicht eine alljährlich zu gewisser Jahreszeit wiederkehrende ist; 2. alle Erd-, Bau- und überhaupt solche Arbeiter, bei welchen die vorübergehende Arbeitslosigkeit eine Folge der Jahreszeit ist und in der Natur des Gewerbes begründet ist. — 3. Jede dieser beiden Klassen ist in drei Stufen nach der Lohnhöhe eingetheilt. Die erste Stufe umfaßt die Arbeiter, deren Wochenlohn nicht höher als 15 M.; die zweite Stufe diejenigen Arbeiter, deren Lohn nicht höher als 24 M.; die dritte alle diejenigen Arbeiter, deren Wochenlohn 24 M. übersteigt.

4. Die Anstalten werden dotirt: a) durch obligatorische Beiträge der Arbeiter, b) durch obligatorische Beiträge der Arbeitgeber, c) durch Uebernahme der Verwaltungskosten und Zuschüsse von Seiten der Kommunen, d) durch Zuwendungen der Einzelstaaten. — 5. Befreit von dem Beitrage zur Kasse sind alle Arbeiter, welche einen Jahreslohn von 2000 M. nachweisen, sowie alle diejenigen Arbeiter, die einer freiwilligen Verbindung angehören, von der sie im Falle der Arbeitslosigkeit mindestens die gleichen Bezüge erhalten, wie von der kommunalen Kasse. — 6. Es bleibt den Satzungen einer Anstalt vorbehalten, den weltlichen Personen den Beitritt zur Kasse zu gestatten oder für dieselben den Beitritt obligatorisch zu machen. — 7. Die von den Arbeitern zu zahlende Versicherungsprämie darf nicht übersteigen:

- | | |
|-------------------------|--|
| I. Klasse: | |
| 1. Stufe 15 M die Woche | |
| 2. „ 25 „ „ „ | |
| 3. „ 35 „ „ „ | |
| II. Klasse: | |
| 1. Stufe 25 M die Woche | |
| 2. „ 35 „ „ „ | |
| 3. „ 50 „ „ „ | |
8. Die wöchentlichen Leistungen der Arbeitgeber dürfen in der I. Klasse nicht den Betrag von 10 M für jeden bei ihnen beschäftigten Arbeiter und in der II. Klasse von 15 M für jeden beschäftigten Arbeiter übersteigen. Vom Schluß der Woche an, in welcher der Arbeiter austritt und ohne Arbeit ist, ruhen sowohl die Beiträge der Arbeiter als diejenigen der Arbeitgeber. Arbeiter, die weniger als eine Woche beschäftigt sind, haben ebensowenig Beiträge zu zahlen, wie deren Arbeitgeber. Die Beiträge der Arbeiter werden durch Lohnabzüge bewirkt und von den Arbeitgebern einbezogen. — 9. Die Zuschüsse der Gemeinden dürfen nicht 3 M für das Jahr auf jede versicherte Person der Klasse I und 4 1/2 M der Klasse II übersteigen. Die Zuschüsse für Arbeiter, welche weniger als ein Jahr in Arbeit stehen, werden pro rata temporis berechnet. Außerdem trägt die Stadtgemeinde oder die zu einer Anstalt vereinigten Gemeinden die gesamten Kosten der Anstaltsverwaltung. — 10. Die Regierungen der Einzelstaaten gewähren den Gemeinden Zuschüsse, welche jedoch nicht den vierten Theil der von den Gemeinden selbst geleisteten Zuschüsse zu übersteigen haben. — 11. Jedes Mitglied der Anstalt hat im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit Anspruch auf Unterstützung. Voraussetzung der Unterstützung ist die Zahlung von mindestens 26 Wochenbeiträgen an die Kasse. Im Falle freiwilligen Austritts und im Falle von Austritt in Folge von Lohnstreikigkeiten wird keine Unterstützung gezahlt. Ferner wird keine Unterstützung gezahlt, wenn die Arbeitslosigkeit Folge von Krankheit oder Unfall ist, oder wenn der Versicherte eine ihm angebotene Arbeitsstelle ohne genügende Gründe ablehnt. — 12. Die Höhe der Unterstützungen für die beiden Klassen wird durch die Satzungen festgestellt. Sie beträgt mindestens täglich 1 M und höchstens 2 1/2 M. Verheiratete Arbeiter erhalten höhere Unter-

beschäftigten, worunter 490 (475) jugendliche Arbeiter. Im Jahre 1892 hatte Krupp das Grusonwerk zu Magdeburg in Pacht genommen, es aber schon ein halbes Jahr nachher, am 1. Mai 1893 käuflich erworben. Im September dieses Jahres hat nun Krupp die Schiff- und Maschinenbauanstalt, Aktiengesellschaft „Germania“ in Berlin mit ihren Betriebsanlagen in Tegel bei Berlin und Garben bei Kiel ebenfalls pachtweise übernommen gegen Zusage einer Jahresdividende von 4 1/2 Proz. an die Aktionäre, während die bisherige Durchschnittsdividende nur 3 1/2 Proz. betrug. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 5 1/2 Millionen Mark. Im Vertrag ist bereits Krupp das Recht des beliebigen Rückkaufs zugesichert; der Vertrag ist auf die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen. Die „Germania“-Gesellschaft betreibt den Bau von Kriegss- und Handelsschiffen, Torpedobooten, Schiff- und Bergwerksmaschinen; das Geschäft in Tegel befaßt sich nur mit der Maschinenfabrikation. Mit Uebernahme der „Germania“ wird die Firma Krupp ihre Thätigkeit auf ein bisher von ihr nicht direkt betriebenes Arbeitsfeld ausdehnen. Während sie auch jetzt schon für große Schiffsmaschinen usw. eine der wichtigsten Bezugsquellen war, gedenkt sie fortan den ganzen Schiffsbau selbst zu betreiben und sie wird dies vermuthlich sehr bald in größerem Umfange thun, als bisher die „Germania“. Nach einer offiziellen Mitteilung wurde schon die bisherige Gesamtproduktion der Firma Krupp an Fertigwaaren aus Eisen und Stahl für 1895 auf etwa 245 000 T. beziffert. — Ein volles Armeekorps lohnarbeitender Proletarier untersteht dem Kommando Krupp's und mit Hinzurechnung der Frauen und Kinder wohl eine Bevölkerung von 100 000 Menschen. Und immer weiter streckt Krupp seine kapitalistischen Fingerglieder aus.

Ein gleicher Vorgang ist die Verschmelzung der Deutschen Metallpatronenfabrik in Karlsruhe, deren Aktienkapital 6 Millionen beträgt, mit der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe & Co. in Berlin. Der Abtheilung „Deutsche Metallpatronenfabrik“, die ihr Aktienkapital von 6 auf 12 Millionen Mark erhöht hat, wird die ganze Waffenfabrikation übertragen, während das Berliner Unternehmen zur Vereinfachung der jetzt weitverzweigten Thätigkeit sich nur auf dem Gebiete der Elektrotechnik bethätigen will. Ende September erhielt aber die Löwe-Gesellschaft in Berlin noch von Spanien einen Auftrag für 60 000 kleinkalibrige Infanteriegewehre. —

In eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde die Blei- und Silberhütte von Goldschmidt Söhne in Braubach und zwar mit einem Aktienkapital von 2 Millionen. Mit einem solchen von 1 600 000 Mark ist die Guttsmann'sche Maschinenfabrik für Brauereigeräthe in Breslau in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Die Corona-Fahrradwerke vorm. Schmidt in Brandenburg gehören nun einer Aktiengesellschaft mit 430 000 M. Aktienkapital. Die Fabrik produziert pro Jahr 7000 Fahrräder. Die Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürrkopp & Co., Bielefeld, hat die in Konkurs gerathenen Norddeutschen Fahrradwerke in Dübstedt käuflich erworben. In Mannheim hat sich eine Gesellschaft mit 400 000 M. konstituiert zur Errichtung und zum Betrieb einer Fahrradfabrik. Desgleichen in Freiburg i. B. mit einem Aktienkapital von 300 000 M. Die Viktoria-Fahrradwerke in Nürnberg produzieren im laufenden Jahre fast das Doppelte des Vorjahres. Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg errichtet in Gstaaburg eine neue Waggonfabrik für eine jährliche Leistungsfähigkeit von 2000 Stück Güterwagen. Die Gesellschaft er-

richtet in Gstaaburg eine größere Zahl „Arbeiterhäuser“. Sehen wir uns nun einmal die kapitalistischen „Entbehrungslöhne“ mehrerer Unternehmungen an. „Lauohammer“, vorm. Gräf. Einsiedel'sche Werke, machte einen Jahresgewinn von 1 456 610 M. Die österreichische Gasglühlicht-Gesellschaft in Wien machte auf das Aktienkapital von 1 1/2 Millionen einen Reingewinn von 2 660 000 Gulden und zahlte den Aktionären eine Dividende von — 130 Proz., d. h. auf 100 Gulden nominell, wovon vielleicht bloß 25 Gulden wirklich eingezahlt sind 130 Gulden! Das ist ein Geschäft! Im vorigen Jahre vertheilte die Gesellschaft „nur“ 80 Proz. Dividende. Umgekehrt ging es bei der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft in Berlin; sie zahlte im Vorjahre 130 Proz. und dieses Jahr „nur“ 100 Proz. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 1 737 000 M., der Reingewinn dagegen 2 162 615 M. Man versteht das Geldschneiden in Berlin wie in Wien. Die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Rothenberg (Oberpfalz), vertheilte 25 Proz. (1895: 22 Proz.) Dividenden. Der Reingewinn betrug 1 936 977 M. (1 662 948 M.); der höhere Ueberschuß ist bereits die Folge der erhöhten Eisenpreise. Die Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbau-Gesellschaft zahlt den Aktionären aus dem Bruttogewinn von 282 196 M. (278 428 M.) wiederum 20 Proz. Dividenden wie 1895. Das Geschäft hat zur Erledigung der reichlichen Aufträge fast dauernd mit Ueberstunden arbeiten und eine Erweiterung der Werkstätten vornehmen müssen. Die Gesellschaft ist auch gegenwärtig sehr gut beschäftigt und verheißt den Aktionären auch für das laufende Jahr günstige Erfolge. Von einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse verlautet dagegen nichts, trotzdem nach einer Einwendung in Nr. 18 des M. wahre Hungerlöhne den Arbeitern gezahlt werden, während die Aktionäre skrupellos die fettesten Dividenden für ihr Nichtsthun einstecken. Former erhalten daselbst als höchsten Stundenlohn 28 . . . Beim 14tägigen Arbeitstag müssen sich die Arbeiter oft um Beträge bis zu 15 M. herumstreiten. Den Lehrling muß der im Akkord arbeitende Former selbst bezahlen. Die Lehrlinge erhalten Stundenlöhne von 7, 8 bis 10 . . . je nach der Länge der Lehrzeit. Wie bei den Formern ist es bei den Schlossern, Drehern, Gusspüßern usw. Die Former müssen Morgens 5 Uhr die Arbeit beginnen. — Das ist eine im höchsten Grade verwerfliche Ausbeutung; allein was soll man von Arbeitern denken und halten, die sich solche hundemäßige Behandlung gefallen lassen? Wie jedes Volk die Regierung hat, die es verdient, so auch jeder Arbeiter die Geschäftsleitung, die er verdient. Steifes Rückgrat und steifer Nacken würden dem Arbeiter bedeutend vorwärts helfen.

Die Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. hat auf 6 Millionen Mark Aktienkapital 1 371 542 Mark Reingewinn gemacht, wovon die Aktionäre 120 000 M. gleich 20 Proz. Dividenden erhielten. 18 Proz. Dividenden vertheilte: Sächsischer Webstuhlfabrik vorm. Schönherr, Chemnitz; die Zittauer Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Kiesler & Co. In letzterer Fabrik bringen es bei 11stündiger Arbeitszeit nur gelernte Maschinen Schlosser auf 18—19 M. wöchentlich; die Anfangslöhne betragen für jugendliche Arbeiter 75 Pfg., für erwachsene Arbeiter M. 1,50 per Tag. Die Dultschinsky'schen Hüttenwerke (wo?) zahlten 15 Proz. Dividenden; die Hannover'sche Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vorm. Eggestorff 14 Prozent (10 Prozent); Westphälische Stahlwerke, Bochum 13 1/2 (12 Proz.). Der Bruttogewinn betrug 1 185 926 M. (995 297 M.). Die Gold- und Silber- schmelzwerk vorm. Köppler, Frankfurt

a. M. zahlte 12 1/2 Proz. Dividende. Auf 5 Millionen Aktienkapital betrug der Reingewinn 1 874 752 M. Die Nähmaschinenfabrik Starlsruhe vorm. Haib & Neu zahlte 12 Proz. Dividende. Aktienkapital: 700 000 Mark, Reingewinn 201 309 M. Der Schalker Gruben- und Hüttenverein zahlte 15 Proz., Reingewinn: 499 426 M. (453 614 M.); die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft vertheilt 16 Proz. Eine Dividende von 10 Proz. vertheilen: Wittener Stahlröhrenwerke, Witten a. d. Ruhr (für das halbe Jahr 1. Januar bis 1. Juli 1896); Akkumulatoren-Fabrik, Aktiengesellschaft, Hagen-Berlin; Kapital 4 1/2 Million; Reingewinn: 664 331 M. (630 239 M.); Dresdener Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagenbau, vorm. Hohmann; Nürnberger Metall- und Lackwaarenfabrik vorm. Gebr. Bing; Aktiengesellschaft Hoersch, Dortmund (1895: 5 Proz.); Maschinenfabrik Gebrüder, Aktiengesellschaft; Gußstahlwerk in Döhlen, in welchem Werke die Stundenlöhne von 17—30 Pfg. für die Arbeiter betragen. Auch die Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Kaiser, Kaiserlautern, zahlte 10 Proz. — 9 Prozent zahlten: Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei Durlach; Weisneider Eisenwerke Siegen; Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Sedl in Dresden. Der Schalker Gruben- und Hüttenverein zahlte 15 Proz. (7 1/2 Proz.); die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial, Görlitz 14 Proz.; die Maschinenfabrik Kappel, Chemnitz 12 Proz.

Die Siegen-Solinger Gußstahl-Aktiengesellschaft zahlte 8 1/3 (4 1/6 Proz.); die Schweizerische Industrie-Gesellschaft Neuhäusen bei Schaffhausen 8 1/2 Prozent. 8 Prozent zahlten: Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau- und Eisenhüttenbetrieb; Vereinigte Königs- und Laurahütte (1894: 4 Proz.); auf 27 Mill. Aktienkapital beträgt der Gewinn 4 869 043 M.; ferner die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Bronzewaaren und Zinguß Spinn in Berlin (1894: 6 Proz.); Chemnitzer Wirkwaaren-Maschinenfabrik vorm. Schubert & Salzer; Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Berlin. 7 1/2 Proz. vertheilen; Gußstahlwerk Witten (1894: 6 1/2 Proz.); Märkische Maschinenbauanstalt vormals Kamp & Co., Wetter a. d. Ruhr; Email- und Stanzwerke vorm. Ulrich, Maifammer (Niedersachsen). 7 Proz. zahlten: Maschinenbau-Gesellschaft, Heilbrunn; Westphälische Union, Akt.-Ges. für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Hannover; Armaturen- und Maschinenfabrik, A.-G., vorm. Hilbert, Mühlberg; Bochumer Verein für Bergbau- und Gußstahlfabrikation; Neiherrstieg, Schiffswerke und Maschinenfabrik, Hamburg. 6 Proz. zahlen: Metallwaarenfabrik Zug (Schweiz); Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Beck & Henkel, Kassel; Sächsische Maschinenbau-Anstalt Köln; Lothringener Eisenwerke, Ars a. d. Mosel; Warsteiner Gruben- und Hüttenwerke; Hanseater Bergbau-Aktiengesellschaft und die Maschinenfabrik Göttingen zahlte 6 1/3 Prozent. Letztere Fabrik erzielte 1 471 702 Mark Reingewinn gegen 1 144 730 M. in 1894 bei einem Kapital von 3 800 000 M. Bestellungen liegen für 7 Mill. vor gegen 5 1/2 Mill. in 1895.

Alle Geschäftsabchlüsse stellen ausdrücklich fest vermehrte Bestellungen, reichliche Beschäftigung, gebesserte Preise, erhöhten Umsatz und erhöhten Gewinn, günstigste Aussichten für die Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres, gute Erwartungen für die weitere Zukunft. Klagen über die „Begehrlichkeit der Arbeiter“, „Unruhe der Arbeiter“, „Verunreinigung des Geschäfts durch Lohnbewegungen und Streiks“, über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen haben wir nicht gefunden, was beweist, daß sie in sehr bescheidenem Maße stattgefunden und soweit dies der

Fall, keine einschneidenden Wirkungen hatten. Zuwendungen an die Arbeiter als Gratifikationen, Gehaltsaufschlag etc. haben wir nicht gefunden, ebensowenig Bemerkungen über die bestehenden miserablen Arbeitsverhältnisse und über die Bereitwilligkeit, dieselben zu verbessern. Das heißt: was ist, ist vernünftig; den Arbeitern Hungerlöhne, den Aktionären fette Dividenden und allen Unternehmern fette Gewinne.

Nationaler Sozialismus.

„Nicht Kinder nur ipeißt man mit Märchen ab“, sagt der weiße Nathan; so oft bedarf es gar nicht einer langen klüglich ausgeformten Fabel für große und kleine Kinder, sondern eine einfache Phrase, ein einfaches Schlagwort thut die gewünschte Bewusstseinsdienste eines ganzen Märchens. Mit Worten läßt sich trefflich streiten, Mit Worten ein System bereiten, An Worte läßt sich trefflich glauben, Von einem Wort läßt sich kein Jota rauben.

Dieses altbewährte Rezept des Teufels in Goethe's Faust findet nirgends häufiger und gar oft erfolgreiche Verwendung als in der Politik. Neuerdings hat man wieder ein solch schönes Schlagwort gezimmert, das allerlei Wunder wirken soll, es lautet „Nationaler Sozialismus“. Manches einer wird sich freilich, wenn er diese Formel hört oder liest, hinter den Ohren fragen und fragen: Ja, was ist denn das nun wieder für ein Ding?

Man könnte bisher den internationalen Sozialismus, den Staatssozialismus, den sogenannten christlichen Sozialismus in seinen verschiedenartigen Spielarten, hier katholisch, dort evangelisch — aber der nationale Sozialismus ist etwas Funkelnagelneues.

Das neue Schlagwort kommt aus dem Heerlager der „Sungen“ der Christlichsozialen, die sich um den wohlmeinenden und in seiner Weise gewiß mächtigen Friedrich Naumann schaaren. Diese Leute haben vor kurzem ein täglich erscheinendes Blatt gegründet, „Die Zeit“, in welcher das Programm der „Bewegung“ entwickelt wird. In demselben wird erklärt, man stehe auf dem nationalen Boden, man wolle zwar nicht direkten Anschluß an die Sozialdemokratie, aber man wolle Hand in Hand mit ihr gehen. Weiter erklärte der Programmartikel: „Wir stehen auf dem Boden der Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir halten fest an der historisch gewordenen, das Privateigentum in sich schließenden Wirtschaftsordnung, innerhalb deren wir die Emporentwicklung der Arbeiterklasse wie des ländlichen Kleinbesitzes für möglich halten und verfechten werden. Als unpraktisch verwerfen wir die Utopien des radikalen Sozialismus.“

Weiter will man kämpfen für die „ungeklärte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte (da in nicht viel zu erhalten!), gegen alle reaktionären Bestrebungen zur Erhaltung nicht mehr lebensfähiger Rechtsformen und Wirtschaftsverhältnisse. Man will das allgemeine Wahlrecht verteidigen, was wir bekanntlich noch gar nicht haben, da ein großer Theil des Volkes das Wahlrecht nicht besitzt, z. B. alle Frauen und alle Unterstufungsempfänger usw. Ferner will man, daß eine thatkräftige Sozialreform im freiheitlichen Sinne, daß innere Kolonisation in's Werk gesetzt wird unter gleichzeitiger Einschränkung der Latifundien, d. h. des Großgrundbesitzes. Woher erwarten nun die Nationalsozialisten Truppenzug? „Die Zeit“ spricht sich auch darüber, wie sie nach apostolischem Beispiel „Menschen zu fangen“ sucht, aus: sie will gewinnen

Sozialisten, „welche mit der allgemeinen politischen Haltung der Sozialdemokratie nicht zufrieden sind“, Liberale, „welche mit nationalem Liberalismus Ernst machen wollen“, und schließlich Konervative, „welche das praktische Christentum der Hilfe und der Tat fördern wollen“.

Hier müssen wir der „Zeit“ denn doch ein paar Tropfen nüchternen Wassers in den süßen Hoffungswein gießen.

An einer anderen Stelle des Artikels der „Zeit“ wird, wie wir oben sahen, erklärt, man wolle „Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gehen, Schulter an Schulter mit ihr kämpfen“, — und hier heißt es wieder, man hoffe ihr ihre Leute abspändig zu machen. Das ist denn doch eine recht fragwürdige Bundesgenossenschaft! Da möchte man ja fast sagen: Beschüze mich der Himmel vor meinen Freunden! Der Spruch des Evangeliums heißt: Seid klug wie die Schlangen — er fährt aber weiter fort: und ohne Falch wie die Tauben. Aber hier scheint denn doch „a Bißele“ Falchheit dabei zu sein!

Aber wir haben gar keine Angst, die Unzufriedenheit mit der allgemeinen Politik der Sozialdemokratie, die etwa irgendwem und irgendwo bei Sozialdemokraten vorkommen könnte, wird nicht dadurch sich manifestieren, daß die betreffenden Sozialdemokraten aus der Partei austreten und sich mit Haut und Haar Herrn Raumann und seinem nationalen Sozialismus verschreiben. Wir Sozialdemokraten pflegen unsere Unzufriedenheit immer sehr deutlich auszusprechen, aber nicht davonzulaufen. Wir sind gewöhnt, auch offene und scharfe Kritik im eigenen Hause zu üben und sollte die „allgemeine Politik der Sozialdemokratie“ Unzufriedenheit erwecken, so werden die „Unzufriedenen“ ganz genau wissen, daß nicht unter dem „nationalsozialistischen“ Banner, sondern auf den Parteiflaggen der deutschen Sozialdemokratie der Ort ist, wo Klage geführt und begründeten Klagen Abhilfe geschaffen werden kann und soll.

Mit dem Zugabe aus dem sozialdemokratischen Lager wird es also stark hapern. Wir sehen der Probe sehr gelassen entgegen, die Herr Raumann anstellen wird mit der magnetischen Zugkraft seines Programms!

Was seine weiteren Zugangshoffnungen zunächst in Betreff der Konservativen anlangt, so sind wir der Meinung, daß in der wirtschaftlichen Gesellschaftsricht, welche diese Partei umschließt, der Fanatismus für praktisches Christentum der Tat und Hilfe nicht gar so stark ist. Was diese Kreise angeht, so gilt noch immer das Wort unseres jährrischen Freundes, der vor ein paar Jahren folgendes Epigramm schrieb:

Praktische Christen zu sein, heutzutage ist es politisches Stichwort,
Aber der Hauptaccent liegt auf praktischen, schneid's
Denn sonst reimt' ich es schwerlich zusammen: „Geh alle eure Hab hin an die Armen!“ mich dünkt, praktisch erscheint es auch kaum.

Große Furcht aber scheinen die Nationalliberalen vor der neuen Strömung zu haben. Von dieser seiner Partei hat vor kurzem Herr Raumann erklärt, sie habe mehr Anspruch auf den zweiten Teil ihres Namens, als auf den ersten, sie sei mehr national als liberal. Und nun kommt eine neue „nationale“ Konkurrenzpartei, die auch noch den ersten Teil des Namens der Dennigier-Männer erbleiben macht: es ist zum Teufel holen! Denken und Zähneklappern ersetzt schon durch aus den Spalten der Münchener „Allgemeinen Zeitung“. Sie hegt „die schwersten Bedenken“ bezüglich des nationalen Sozialismus der Raumann, namentlich aus dem Grunde, weil diese „den schließlichen Sieg von einem starken

Auswachsen der radikalen Opposition im Reichstage erhoffen und ihn sich als eine Kapitulation der Regierung vor dieser Opposition vorstellen“. Das sind für einen echten Vollblut-Nationalliberalen allerdings zwei Dinge, bei deren Namensnennung einen solchen schon Ohnmächten und Krämpfe befallen! Die Münchener Allgemeine kann aber unbefragt sein, Herr Raumann wird unter den Nationalliberalen Niemand finden, „der mit dem nationalen Liberalismus Ernst machen will!“

Ein Wehruuf zum Schluß nennt die ganze nationalsozialistische Zwischenzeit die Unternehmung „eines an sich gewagten Experiments auf noch gewagterem Wege“.

In nüchternen Betrachtung erweist sich die Erfindung des nationalen Sozialismus nur als eine neue Bestätigung der Thatsache, daß der Sozialismus immer mehr aufhört als Popanz betrachtet zu werden und daß damit allerdings den Politikern der Phrase vom Kaliber der Nationalliberalen eine Menge ihrer schönsten Phrasen unbrauchbar gemacht werden. Die „Allgemeine“ also hat alle Ursache zu lamentieren, wie die bekannnten unglückseligen Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen waren.

Warum die Arbeiter sich ihren Gewerkschaften anschließen sollen.

Tom Mann, der englische Arbeiterführer und Vorsitzende der internationalen Federation der Schiffs-, Hafen- und Luftarbeiter hat sich in einem längeren Briefe über obiges Thema geäußert. Der Brief ist im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht und entzuehnen wir daraus folgende Stellen:

Das Ersuchen ist nun an mich gerichtet worden, einige der Punkte zu erörtern, über welche ich in meinen Reden in den Versammlungen in Deutschland zu sprechen beabsichtigte. Diejenige Wunsch will ich versuchen, in Folgendem nachzukommen. Die Lage der Arbeiter in allen Ländern ist weit entfernt davon, zufriedenstellend zu sein. In jedem Lande Europas und Amerikas gibt es eine Zahl, welche nicht im Stande ist, Beschäftigung zu erhalten, und ein großer Theil von Denjenigen, welche in Beschäftigung sind, erhält nur einen Hungerlohn. In allen Ländern kaufen die kapitalistischen Arbeitgeber die Arbeitskraft von Männern und Frauen genau in derselben Art, wie sie Kohlen, Bauholz, Baumwolle oder sonst einen Rohstoff kaufen, d. h. sie versuchen immer, die größtmögliche Arbeitsleistung aus dem Arbeiter herauszupressen für den denkbar niedrigsten Lohn.

Die Dekonomie der Kapitalisten ruft nach Billigkeit, Billigkeit, Billigkeit! Und wenn in irgend einem District es 30 Mk. die Woche erfordern würde, einen Menschen bei normaler Gesundheit zu erhalten und der Arbeitgeber kann in Folge des gegenseitigen Unterlebens von Leuten, welche ohne Beschäftigung sind, aber doch leben wollen, die Arbeit für 25 Mk. erhalten, so wird er sicher nicht mehr bezahlen als 25 Mk. die Woche. Und wenn nun durch irgend eine neue Produktionsmethode immer mehr außer Arbeit kommen, der Kampf um die Existenz intensiver wird, und kann Arbeiter, durch den Hunger gezwungen, bereit sind, ihre Arbeitskraft für 20 Mk. die Woche zu verkaufen, so wird der Arbeitgeber nicht mehr bezahlen, obgleich dies bedeuten würde, daß durch den ungenügenden Lohn den Arbeitern Jahre ihres Lebens gekürzt würden. Wenn später die Arbeit der Frauen statt Männerarbeit benutzt werden kann für 15 Mk. die Woche, so wird man die männlichen Arbeiter sämtlich entlassen, es sei denn, daß dieselben bereit sind, auch für 15 Mk. die Woche zu arbeiten. Die ausschlaggebenden Faktoren in

allen gesetzgebenden Körperschaften der ganzen Welt sind die kapitalistischen Plutokraten, dieselben benutzen die Parlamente verschiedener Länder, die Interessen des Kapitalismus aufrecht zu erhalten. Keine Hoffnung kann auf diese Gesellschaft gesetzt werden, nur in dem Verhältniß, wie sich die Arbeiter unabhängig, industriell und politisch organisieren und sich dadurch eine Nachstellung erzwingen, werden ihre Interessen Berücksichtigung finden.

Es ist nicht der Fall, trotz alledem, daß durch die Arbeiter keine Verbesserung ihrer Lage erreicht werden kann. In England haben sich viele Arbeiterkategorien freiwillig organisiert in Gewerkschaften und haben standhaft gekämpft für eine höhere soziale Stellung. Anfangs dieses Jahrhunderts ließen die Arbeitgeber in England in den Mühlen und Fabriken 15 Stunden den Tag arbeiten; Kinder von 6 Jahren wurden gezwungen, diese Zeit zu arbeiten und waren der brutalsten Behandlung der Art ausgesetzt, wenn sie Zeichen von Müdigkeit zeigten. Frauen waren gezwungen, in den Minen zu arbeiten; junge Kinder wurden Tag und Nacht an der Spinnmaschine festgehalten und manchmal zu Tode gearbeitet oder todgeschlagen und keiner kam ihnen zu Hilfe, bis sich die intelligenteren und muthigeren Arbeiter entschlossen, sich zu organisieren und dieser schrecklichen Tyrannei Widerstand zu leisten. Als die Arbeitgeber herausfanden, daß sie die Arbeiter nicht durch Argumente abhalten konnten, sich zu organisieren, nahmen sie ihre Zuflucht zu speziellen Gesetzen, um sie daran zu hindern, und Viele wurden nach den Strafkolonien verbannt für kein anderes Verbrechen, als daß sie einer Gewerkschaft angehörten.

Die organisierten Arbeiter hielten jedoch fest an ihrer Organisation, trotz dieser Schwierigkeiten und setzten von Stufe zu Stufe mehrere Reduktionen der Arbeitszeit durch und erkämpften sich durch dasselbe Mittel, durch ihre Gewerkschaften, ebenfalls eine höhere Bezahlung für den kürzeren Arbeitstag, als sie früher für die lange Arbeitszeit erhielten.

Die Trades-Unionisten wandten ebenfalls ihre Aufmerksamkeit den Kindern zu; sie begannen eine Agitation für dieselben und setzten sie während 30 Jahren fort, und es gelang ihnen allmählich die Arbeitsstunden derselben zu reduzieren. Es war zu allererst die direkte Folge der Anstrengungen der Gewerkschaften, welche die Kapitalisten im Parlament zwangen, die Fabrikgesetze einzuräumen, und durch dieselben Mittel erlangten wir Gesetze zur Regulation der Bergwerke; ob nun immer die Fortschritte das Resultat waren von freier Vereinbarung oder gesetzlicher Maßnahmen, in jedem Fall wurden sie in erster Linie zu Wege gebracht durch die Organisation der Arbeiter in ihren Gewerkschaften.

Aber auch heute gibt es in Großbritannien sehr Viele, welche sich nicht organisiert haben; deren Verdienst ist denn auch verhältnißmäßig gering, verglichen mit Jenen, welche organisiert sind. So erhalten in Lancashire viele Baumwollarbeiter 38 Mk. die Woche, in Yorkshire erhalten dagegen Arbeiter in der Wolleindustrie, welche die gleichen Bedingungen zu verrichten haben, nur 22 Mk. die Woche. Es gibt keine andere Erklärung für diese Thatsache als die, daß die Baumwollarbeiter gut, während die Wollarbeiter schlecht organisiert sind. Dasselbe trifft zu für die Arbeiter, welche in demselben Gewerbe in verschiedenen Theilen des Landes thätig sind. Die Löhne der Maschinenisten variieren für dieselbe Arbeit von 25 Mk. bis zu 40 Mk. die Woche, gerade in dem Verhältniß, wie sie organisiert sind. In fast jedem Gewerbe ließe sich der Nachweis führen.

Es ist auch nicht richtig, daß die gewerkschaftliche Organisation nur für gelehrte Arbeiter und nicht auch für die ungelerten von Nutzen ist. Innerhalb der letzten Jahre haben viele Tausende so-enannter ungelerner Arbeiter, welche früher 12 Stunden den Tag arbeiteten, ihre Arbeitszeit um ein Drittel reduziert, den Achtstundentag eingeführt, und anstatt daß dieselben weniger Lohn erhalten als früher, erhalten sie jetzt 1 Mk. pro Tag mehr für die 8 Stunden Arbeit als sie früher für 12 Stunden erhielten. Thatsache ist, daß Leute, welche einen gelehrten Beruf ausüben, sich aber nicht organisieren, beträchtlich weniger Lohn erhalten als Andere, welche als einfache Arbeiter in demselben Distrikte beschäftigt, aber gut organisiert sind.

Unsere ganze industrielle Erfahrung beweist sehr klar, daß seitens der Arbeiter von den Kapitalisten nicht mehr als der denkbar niedrigste Lohn erwartet werden kann und daß auch von der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter nicht mehr gethan wird als das, was die Arbeiter selbst durch die Macht ihrer Organisation die Gesetzgeber zwingen, ihnen einzuräumen.

Uebrigens versuchen die Arbeitgeber jedes Landes, die Arbeiter gewohnheitsmäßig zu schrecken durch den Ruf: „Ausländische Konkurrenz“. In England schreit man den Arbeitern stets und ständig in die Ohren, welche nachtheilige Wirkungen die deutsche Konkurrenz hat, und zweifellos werden die Arbeiter das Argument englischer Konkurrenz benötigen. Täglich sehen wir den industriellen Kampf zwischen allen Völkern sich mehr entwickeln; wenn wir diesen Schwierigkeiten nicht durch eine internationale Verbindung begegnen, müssen die Zustände anstatt besser, stets schlechter und schlechter werden. —

Aus Osterreich.

Ueber die Lage der Bauhofsler in Wien wird dem „Oesterr. Metallarbeiter“ geschrieben:

Die kapitalistische Produktionsweise bringt es naturgemäß mit sich, daß überall dort, wo durch technische Einrichtungen und Verbesserungen der Werkzeuge die Erzeugung von Produkten sich lohnt, die Sucht nach Mehrwerth immer mehr um sich greift. Eine Folge dieser Sucht ist unstreitig die Arbeitstheilung, durch welche der qualifizierte Arbeiter immer mehr überflüssig gemacht wird. Eine weitere Folge der Arbeitstheilung ist selbstverständlich die schlechte Ausbildung der Lehrlinge. Vor etwa 30 oder 40 Jahren war es noch möglich, aus dem Lehrling einen tüchtigen Schlossergehilfen zu bilden, weil eben der Lehrherr auf die Handarbeit angewiesen war und in Folge des Zukunftswesens auf die Ausbildung der Lehrlinge größeres Gewicht gelegt wurde. Unsere heutigen Zünftler betrachten den Lehrling als ein Mittel, um ihre wackelige Existenz fortzuführen zu können. Eine große Anzahl freigeordneter Lehrlinge sind ganz gut brauchbare Hausknechte, Kutscher und Diener, aber nur keine tüchtigen Schlosser, und es kommt sehr häufig vor, daß sich Meister sogar für eine solche Ausbildung noch 20, 50 und 100 fl. Lehrgeld bezahlen lassen. Es haben sich in dieser Branche selbst Brauchen gebildet, und zwar ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß von den großen Unternehmern diejenigen Artikel, welche als nicht lohnend genug für ihre Geldsäcke betrachtet werden können, den kleinsten Meistern übergeben werden. Es bestehen Schwärzbandmacher, Schindriegelmacher, Schloßmacher etc. Wenn oben erwähnt wurde, daß die Erzeugung benannter Artikel nicht lohnend genug für den großen Fabrikanten ist, so werden wir finden, daß, wenn der kleine Meister davon leben will, dieses nur durch die maß-

